

Eröffnungsrede von Holger Ortel, Präsident des Deutschen Fischerei- Verbandes e.V. / Union der Berufs- und Sportflscher (28.-30.Aug.2012)

Verlesen vom Generalsekretär des DFV Dr. Peter Breckling. Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Bleser, sehr geehrter Herr Minister Lindemann, sehr geehrter Herr Präsident Eiden, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine hochgeschätzten Kollegen Abgeordnete aus dem Bundestag, dem Landtag und den Kommunalparlamenten, liebe Mitstreiter aus der Verwaltung und den befreundeten Organisationen, und natürlich ganz besonders liebe Fischerinnen und Fischer, ich freue mich, dass wir mit dem Deutschen Fischereitag 2012 in der niedersächsischen und emständischen Stadt Papenburg zu Gast sein dürfen. Seit seiner Gründung im Jahre 1 870 war der Deutsche Fischerei-Verband schon oft in Niedersachsen zu Gast.

Und auch diesmal schätzen wir die außerordentlich großzügige Gastfreundschaft der niedersächsischen Landesregierung ganz besonders. Dafür, Herr Minister Lindemann, und für die große Ehre Ihres Besuchs hier bei uns, an dieser Stelle meinen ganz besonderen Dank. Wir wissen, dass wir damit auch von dem hohen Ansehen profitieren, das die Landesfischereiverbände Weser-Ems und Niedersachsen bei ihrer Regierung genießen.

Der diesjährige Fischereitag ist turnusgemäß ein Küstenfischereitag. Die Stadt Papenburg liegt zwar nicht direkt an der Küste, aber hier gibt es bekanntlich Ebbe und Flut, ein Küstenfischereikennzeichen und eine große Werften- und Schifffahrtstradition. Der Stadtgründer Graf Dietrich von Velen mühte sich in der Zeit des dreißigjährigen Krieges, Siedler in die damals noch wilde Moorlandschaft zu ziehen. Er bot ihnen unter anderem ein lebenslängliches Fischereirecht in der Ems an, das

war aber nicht besonders erfolgreich. Wäre es heute wohl auch nicht, wenn ich an den Aus-bauzustand der Ems denke.

Erst die Befreiung vom Militärdienst führte zur Niederlassung einer ausreichenden Anzahl von Siedlern.

Im Laufe der Zeit stellte man fest, dass Geld nicht mit Moor, sondern mit Meer gemacht wird. 1860 gab es bereits 23 Werften, und ein erster Fischereiverein wurde wenig später gegründet. Überregional kommt Papenburg immer wieder in die Schlagzeilen, wenn die letzte verbliebene Werft ihre beeindruckenden Kreuzfahrtschiffe ausliefert. Dieser traditionsreiche Familienbetrieb baute übrigens zwischen den beiden Weltkriegen überwiegend Fischdampfer. Und Papenburger Reeder waren immer mal wieder an der Heringsfischerei in der Nordsee beteiligt. Die Sport- oder Angelfischerei, wie man heute sagt, hat in Papenburg auch eine große Tradition und überaus sachkundige und aktive Mitglieder im SFV Papenburg und Umgebung. Man war bereits ein hervorragender Gastgeber des Bundessportfischertages und hat den amtierenden Präsidenten des Sportfischerverbandes Weser-Ems hervorgebracht, unser hochgeschätztes Präsidiumsmitglied Bernhard Pieper.

An der Ems lebt man auch die Zusammenarbeit von Berufsfischerei und Sportfischerei in vorbildlicher Art und Weise. Diese Zusammenarbeit ist ein prägendes Element des Deutschen Fischerei-Verbandes, und deshalb haben wir allen Grund, uns in dieser Gegend ganz besonders wohl zu fühlen. Das zeigen auch die Krabbenfischer von der Emsmündung, die am heutigen Tag stromaufwärts gedampft sind und ein schönes Bild im Papenburger Hafen bieten.

Von schönen Bildern muss man in heutiger Zeit immer wieder ganz schnell zum Ernst der Lage zurückkommen.

Auch in Europa hat man erkannt, dass nachhaltige Fischerei mehr Erträge, mehr Jobs und mehr Wohlstand an der Küste bringen kann. Seit mehr als 2 Jahren läuft nun schon eine intensive Debatte über die Reform der Europäischen Fischereipolitik. Am Anfang hieß es, die bisherige Politik ist total gescheitert, die Meere sind leergefischt, und im Mittelpunkt der

Politik müssen die Fischbestände stehen, und nicht die Fischer.

Jetzt teilt uns die EU-Kommission offiziell mit, dass von 2005 bis 2012 der Anteil überfischter Bestände von 94% auf 47% gesunken ist.

Das heißt, mehr als die Hälfte der Bestände wird bereits jetzt nachhaltig befischt!

Bezogen auf die Menge gefangener Fische sieht die Lage noch besser aus. Mehr als 70% der Fangmenge stammt aus nachhaltiger Fischerei. Mehr als 60% der deutschen Fischerei ist bereits ökozertifiziert oder befindet sich im Zertifizierungsprozess. Der Fischereisektor hat dafür große Opfer gebracht.

Meine Damen und Herren, wir können mit Nachdruck feststellen, im Fischereibereich ist Nachhaltigkeitswende in den letzten Jahren sehr erfolgreich betrieben worden. Die Umstellung auf regenerative Energie kann auch nicht ansatzweise vergleichbare Erfolge vorführen. Herr Staatssekretär Bleser, wir möchten Ihr Haus gern ermuntern, die Erfolge der Fischereipolitik bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen ruhig etwas offensiver in der Öffentlichkeit darzustellen. Das ist schließlich nichts, weswegen man sich schämen muss! Der Bürger könnte sonst auf die Idee kommen, die Politik merkt gar nicht, wenn sie auch mal Erfolge auf europäischer Ebene erzielt. Und Ihr Haus hat zu der laufenden Entwicklung tatsächlich ganz erheblich beigetragen, das erkennen wir und wollen es auch nicht verschweigen.

Wir wissen also, wie Nachhaltigkeit geht im Fischereisektor. Wir haben die Instrumente und ihre Anwendung zeigt Erfolge. Für die Fischer ist das aber nicht nur Anlass zur Freude. Schollenfischer in der Nordsee und Dorschfischer in der Ostsee haben gute Fänge, aber die Erzeugerpreise sind nicht immer kostendeckend. Der Markt ist kaum in der Lage, die Fische abzunehmen. Man muss sich weiter bemühen, und deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, wenn es jetzt gelingt, die Ostseeflunder auf dem chinesischen Markt abzusetzen.

Auch wenn sich die Lage der Fischbestände und die Bewirtschaftungsmethoden so erfreulich verbessert haben, sehen

wir nach wie vor Reformbedarf. Seit Jahren weisen wir bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass die Kutter veraltet sind. Mit über 30 Jahre alten Holzkuttern kann man im internationalen Wirtschaftswettbewerb nicht mehr bestehen. Aber leider sind die politisch Verantwortlichen auf diesem Ohr taub. Man will angeblich die kleine Küstenfischerei besonders fördern, aber gleichzeitig beschneidet man die eigentliche Fischereiförderung im EMFF.

Wir haben den Eindruck, dass nur noch die Abwicklung der Fischerei und Naturschutzmaßnahmen förderfähig sein sollen.

Und Deutschland lässt europäische Fördermittel einfach verfallen, im letzten Jahr haben Bund und Länder 4,5 Millionen Euro an Brüssel zurückgegeben, die eigentlich bei der Fischerei gut gebraucht werden.

Wir hoffen sehr, dass es im Zuge der Rom gelingt, die doppelte Beschränkung der Fischeitätigkeit durch Quoten und Fischereiaufwand in Form von Seetagen zu beenden. Wir haben lange genug mit der Aufwandsbegrenzung herumexperimentiert, aber das Anwachsen des Verwaltungsaufwandes hat keine überzeugenden Ergebnisse gebracht. Mit der neuen Kontrollverordnung haben wir die Instrumente, um in ganz Europa die Fangquoten zu kontrollieren und durchzusetzen. Deshalb können wir in Nord- und Ostsee auf eine Seetagebegrenzung verzichten, die Nachhaltigkeit zu gefährden.

Ein anderes Thema ganz oben auf der Reform-Agenda ist der Discard. Ins Meer zurückgeworfener unbeabsichtigte Fänge, die entweder auf dem Markt nicht absetzbar sind oder nicht angelandelt werden dürfen, weil sie das Mindestmaß nicht haben oder der Betrieb keine Quote für die Fischart hat.

In der Diskussion sind vollständige Discard-Verbote für bestimmte Fischarten in einem Zeitraum von 2014 - 2018 und fischereibezogene Regelungen, bei denen regionale und fangtechnische Gesichtspunkte einbezogen werden. Letzteres ermöglicht bessere Lösungsansätze für den Umgang mit Fischarten, die beim Rückwurf eine nennenswerte Überlebenschance haben. Man wird ja auch nicht von dem Angler verlangen, untermaßige Fische zu töten und mitzunehmen, wenn

sie eine Überlebenschance beim Zurücksetzen haben.

Problematisch bei einem Discard-Verbot ist die Verwertung der Fische, die man dann anlanden muss, die aber auf dem Markt nicht absetzbar sind.

Die Vermeidung und Verringerung unerwünschter Beifänge durch fangtechnische Maßnahmen ist deshalb wesentlich zur Lösung des Discard-Problems. Außerdem ist die Anrechnung von Beifängen auf die Quote der Zielart und eine Ausnahmeregelung für Kleinstmengen sinnvoll. Auf heftige Kritik und rechtliche Bedenken stoßen Bestrebungen, ein Discard-Verbot mit einer vollständigen Kamera-Überwachung zu verbinden. Hier sind wir uns, liebe Kollegin Connemann, fraktionsübergreifend einig.

Weitgehend unstrittig ist der Übergang zu echten Fangquoten und die Einbeziehung aller Fänge in die Bestandsbewertung. Von entscheidender Bedeutung für die deutsche Fischerei, sehr geehrter Herr Staatssekretär Bleser, ist die Beibehaltung der relativen Stabilität in der Quotenverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten.

Hier muss ich sie bitten, allen Umverteilungstricks in Brüssel ganz entschieden entgegenzutreten. Wir wollen nicht für die Überfischung anderer Staaten haften!

Die Bedeutung des Discard-Problems für die Bestandssituation wird oft überschätzt. In der Schollen- und Seezungenfischerei gibt es mehr Discard von Schollen als in anderen Fischereien, trotzdem ist der Schollenbestand auf ein bisher nie erreichtes Niveau angewachsen. Wir müssen aber akzeptieren, dass die ethisch-moralischen Gesichtspunkte in der Gesellschaft eine große Rolle spielen. Aber dann muss man uns auch mal sagen, warum der Fischer einen Hering nicht wegwerfen darf, der beim Hieven an der Bordkante zerdrückt wurde, aber die Hausfrau darf den Heringssalat in den Mülleimer werfen, wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist? Da haben die grünen Moral- und Tugendwächter noch etwas zu erklären. Wer über eine ethisch bedenkliche Ressourcenvergeudung schwadroniert, kann sich ja mal die Mülleimer des Supermarktes ansehen, in dem er seine Einkäufe tätigt.

Wir sind uns mit der Bundesregierung einig, dass wir international frei handelbare Quoten ablehnen. Keiner will die Investmentbanker auf die Fischerei loslassen und Quotenzockerei einführen. Wir brauchen aber in Europa einen flexiblen und funktionierenden Quotentausch, um die Fangquoten z.B. für Beifangarten durch Tauschgeschäfte bedarfsgerecht zu verteilen. Unser deutsches System ist dafür schon sehr gut entwickelt, nicht zuletzt durch die gute Arbeit der Mitarbeiter in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

Das Reformthema Regionalisierung wird überschattet von Kompetenzstreitereien zwischen EU-Kommission, Ministerrat und EU-Parlament. Davon halten wir nicht viel und erwarten auch keine großen Würfe mehr. Es ist sehr ärgerlich, wenn z. B. der Langzeitmanagementplan für die Ostsee-Heringsfischerei nicht verabschiedet werden kann, weil sich die Bürokraten jahrelang um Kompetenzen streiten. Mit solchen Mätzchen verspielt man so viel Sympathie für die europäische Einigung und beschädigt den Glauben an die Funktionsfähigkeit der europäischen Institutionen.

Eine unerwartet große Aufmerksamkeit hat die externe Dimension der Fischereipolitik erfahren, also die Hochseefischerei in Gewässern außerhalb der EU. Die Umweltverbände haben erkannt, dass sich die Geschichte von den bösen Europäern, die den armen Afrikanern die Fische wegfangen, ganz wunderbar in Zeitung und Fernsehen verkaufen lässt. Es stimmt nur leider nicht.

Die Fischerei in afrikanischen Gewässern läuft auf der Basis von Abkommen mit den Regierungen. Es wird dafür viel Geld bezahlt. Und es wird sichergestellt, dass die Bestandsbewirtschaftung ordentlich verläuft. Im Rahmen der Abkommen soll eine Fischereiverwaltung vor Ort aufgebaut werden, und es wird einheimisches Personal an Bord genommen und ausgebildet.

Wenn die EU diese Abkommen nicht macht, dann steigen chinesische, koreanische und russische Firmen gern in das Geschäft ein, allerdings ohne die entwicklungspolitisch orientierten Rahmenbedingungen. Diese Erfahrung haben Fischer aus Westafrika schon gemacht. In Gesprächen mit

Verbandsvertretern auf dem Kirchentag in Bremen im Jahr 2009 haben wir gehört, dass man dort gerne wieder mit der EU auf der Basis von Verträgen zusammenarbeiten möchte. Allerdings muss es auch für die europäische Fischerei einen Wert haben. Das aktuelle Abkommen mit Mauretanien ist aus unserer Sicht praktisch wertlos. Es ist übermäßig teuer und gestattet den Fischfang nur dort, wo es kaum Fische zu fangen gibt.

Unsere Mitglieder im Hochseeverband waren starken Anfeindungen durch Greenpeace ausgesetzt. Die Kutterfischer haben damit auch ihre Erfahrungen gemacht.

An dieser Stelle betone ich ausdrücklich, dass der Deutsche Fischerei-Verband die legitimen Interessen seiner Mitglieder verteidigt und die rechtswidrigen Blockade-Aktionen von Greenpeace gegen die Hochseefischerei entschieden ablehnt. Wir hoffen, dass die Justiz endlich dafür sorgt, dass die Gesetze dieses Landes auch für Greenpeace gelten und angewandt werden. Es ist wirklich unerträglich, dass sich in diesem Land bestimmte Interessengruppen permanent außerhalb der Gesetze arbeiten und dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Auch im Bereich der Wissenschaft gibt es aus unserer Sicht Reformbedarf. Ein Kieler Wissenschaftler fordert Fangstopp, bis 1 Mio. t Dorsch in der Ostsee schwimmen. Der ICES prognostizierte vor zwei Jahren noch 450 000t Bestandsbiomasse für das Jahr 2012, wenn wir nach dem Managementplan fischen. Das haben wir auch gemacht. Und jetzt haben wir rund 300000t und stellen fest, dass die Dorsche so unterernährt sind, dass sie viel langsamer wachsen. Sie sind so mager, dass die Filetmaschinen kaum noch etwas runterschneiden können. Der Fischer spricht von Dreikantfeilen. Nun überlegt die Wissenschaft, ob die Tragfähigkeit des Ökosystems vielleicht nur für 350 000t Dorsch ausreicht.

Beim Nordseehering hat die Wissenschaft die Jahrgangsstärke 2006 um 50% unterschätzt. Diesen Irrtum hat man erst 2009 bemerkt, und die Folge waren erhebliche Quotenerhöhungen für den Nordseehering bis zu 100%, weil der Bestand viel größer war

als die Wissenschaft glaubte. Wenn also bei diesen am besten untersuchten Fischbeständen wie Ostseedorsch oder Nordseehering solche Unsicherheiten bestehen, wird deutlich, welche Fortschritte die Wissenschaft noch erzielen muss, um als Entscheidungsgrundlage alle Ansprüche zu erfüllen.

Auf einem Seminar in Brüssel hat ein Mitglied des wissenschaftlich-technischen Ausschusses STECF betont, dass die Bestandsschätzungen mit einem Fehler von 20-40% behaftet sind. Es ist ja geradezu irrsinnig, wenn die Grünen verlangen, diese biologischen Schätzungen und Prognosen müssten per Gesetz bindend gemacht werden für die Bestandsbewirtschaftung. Fischerei ist eine wirtschaftliche Tätigkeit, bei der auch soziale und ökonomische Kriterien eine Rolle spielen müssen! Wir wollen eine Fischereipolitik für Menschen, also für die Fischer und die Verbraucher, und deshalb sind wir daran interessiert, die Grundlagen für diesen Wirtschaftssektor, nämlich die intakten und produktiven Ökosysteme, mit ihrer Ertragsfähigkeit und Artenvielfalt zu erhalten. Dafür brauchen wir eine leistungsfähige und gut ausgestattete Wissenschaft, die sich nicht nur um allgemeine biologische Grundkenntnisse bemüht, sondern auch um alle Aspekte der Erzeugung. Dies gilt übrigens auch für die Binnenfischereiforschung.

Wir brauchen dringend eine leistungsfähige fangtechnische Forschung, die nicht nur mühsam nachbereitet, was holländische Wissenschaftler erdacht haben, sondern selbst innovativ ist. Die Fischerei mit Elektrobaumkurren wird nicht dadurch umweltfreundlich, dass man sie Pulsfischerei nennt. Wir brauchen dazu Fakten und keine Verbalkosmetik. Neben der Baumkurre kommt wieder etwas Neues aus den Niederlanden, die so genannte Vibratorfischerei. Dabei sollen die Seezungen mit Schwingungen vom Meeresboden aufgescheucht werden. Wir wären froh, wenn Ansätze auch mal von deutschen Forschungseinrichtungen kommen würden. In den Niederlanden arbeitet man außerdem mit Hochdruck daran, die Reproduktion des europäischen Aales im Labor zu vollziehen. Seit Jahren fordern wir solche Forschungsaktivitäten auch in Deutschland,

aber wir lesen nur Mitteilungen über Expeditionen in die Karibik, über deren Ergebnisse wir bisher sehr wenig Konkretes erfahren konnten.

Die Aquakultur erfreut sich steigender Aufmerksamkeit in Brüssel. Seit Jahren gibt es viele politische Statements zur Förderung der Aquakultur, aber leider keine vorzeigbaren Ergebnisse. Man darf sich darüber nicht wundern, wenn es Fördermittel nur für die Extensivierung der Produktion gibt, und neue Flächen durch Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung praktisch blockiert sind. Wie soll dann die Produktion in Europa wachsen? Auf einer High-Level-Konferenz in Salzburg hat die EU gemeinsam mit den Ministern erkannt, dass ein Wachstum der Aquakultur in Europa als politisches Ziel nur dann zu verwirklichen ist, wenn man auch ein Wachstum der Produktion erreicht. Was uns allen hier logisch erscheint, ist für Brüsseler Verhältnisse schon ein großer Schritt nach vorn, meine Damen und Herren.

Wir hoffen, dass der neu zu gründende RAC für die Aquakultur ernsthafte Fortschritte ermöglicht. Daran müssen wir aktiv mitarbeiten.

Ob es von Vorteil ist, wenn die EU nun auch für die lebenden Süßwasserressourcen zuständig ist, muss sich noch zeigen. Die Binnenfischer hoffen auf eine zusätzliche Förderung.

Die Angelfischer fürchten demgegenüber, dass sie nun auch zum Spielball Brüsseler Bürokratie werden. Ich kann verstehen, dass Ihnen diese Vorstellung ein Graus ist.

Die Angler können froh sein, wenn sie aus dem ganzen europäischen Reformtrubel unbeschadet herauskommen. Zu verdanken ist das auch dem geschickten Agieren der europäischen Vertretung in Brüssel unter Führung von EAA-Präsident Mohnert.

Man ist ja insgesamt froh, aus der Sache mit einem blauen Auge herauszukommen. Es ist eigentlich ernüchternd, wenn das die ganze europäische Perspektive ist.

Mehr als ein blaues Auge hat die Fischerei bei der Umsetzung der Natura-2000-Richtlinie auf dem Meer und bei der Umsetzung der Meeresstrategie-Richtlinie zu erwarten. Kein anderer Mitgliedsstaat hat so große Flächen als Schutzgebiet ausgewiesen. Und das deutsche Umweltministerium strebt eine europäische Vorreiterrolle an bei der Einführung von Fischereibeschränkungen. Man will mindestens 50 % sperren für jede grundberührende Fischerei. Dafür gibt es keine ausreichende fachliche Begründung, und deshalb will man experimentelle Schließungen durchsetzen. Wir können von Glück sagen, dass wenigstens die anderen Mitgliedsstaaten ernsthaft Widerstand leisten gegen die Bestrebungen des BMU.

Auch bei der Meeresstrategie-Richtlinie stützt man sich weitgehend auf Vermutungen und Meinungen, aber nicht auf Fakten. Angeblich ist es in der Naturschutzforschung nicht so eine Tradition zu messen, zu wiegen und zu zählen, deshalb kann man sich nicht so auf konkrete Daten stützen. Dann, sagen wir, können die Aussagen und Forderungen aber auch nicht das Gewicht in der Entscheidungsfindung für sich beanspruchen, wenn es darum geht, die Entscheidungen wissenschaftlich zu begründen.

Auf nationaler Ebene gab es ein hartes Ringen um die Novellierung des Seefischereigesetzes. Am Ende haben Volksvertretung im Bundestag, BMEIV, BLE und Fischereiverbände konstruktiv zusammengewirkt, um ein akzeptables Gesetzeswerk hinzubekommen.

Wichtig ist jetzt, dass es bei Kontrolle und Bestrafung keine deutschen Alleingänge gibt, die wieder zu Nachteilen für deutsche Fischereibetriebe gegenüber den Wettbewerbern werden. Wir gehen davon aus, dass Sie, Herr Bleser, und Ihre Mitarbeiter die Umsetzung des Strafpunktesystems in den anderen Ländern aufmerksam verfolgen.

Die wirtschaftliche Lage der Betriebe in der Fischerei ist sehr wechselhaft.

Wir haben Quotenkürzungen von 30% im Jahr erlebt, beim Blauen Wittling waren es sogar schon über 90% in 2011 und

dann wieder eine Erhöhung um **500%** in diesem Jahr. Die Nordseeheringsquote wurde von einem Jahr aufs andere verdoppelt. Unsere Miesmuschelerzeuger erleben Jahre mit weniger als 1 000t Ertrag und dann wieder Anlandungen von über 20 000 t.

Und wir haben stark schwankende Preise. Die Krabbenfischer haben letztes Jahr bei Tiefstpreisen von 1,30 pro Kilo um die Existenz gekämpft, und jetzt bekommen sie 6 Euro pro Kilo.

Einen neuen Versuch müssen wir unternehmen, um die Fanggebietsverluste durch Offshore-Windparks auszugleichen. Auch wenn die Kosten für die Windparks rasant steigen und Haftungsfragen nach wie vor ungeklärt sind, so ist doch erkennbar, dass man die gewaltigen Kosten einfach dem Stromverbraucher aufdrückt und der Flächenverbrauch auf See zunimmt.

Wir hoffen, dass es bald ernsthafte Forschungsarbeiten zur passiven Fischerei in Offshore-Windparks gibt. Das vTI beschäftigt sich schließlich auch mit Aquakulturmöglichkeiten zwischen den Windmühlen. Andere Kompensationen für die Verluste der Fischerei sind nicht in Sicht.

Angesichts des Umgangs mit der Fischerei haben wir den Eindruck, dass die Fischerei als Bauernopfer für die Industrialisierung von Nord- und Ostsee erhalten muss. Der Naturschutz wird ruhig gestellt, indem man die Fischerei von ihren Fanggebieten vertreibt.

Es ist für eine soziale Marktwirtschaft beschämend, wie hier ein Wirtschaftssektor leiden muss für die Profite anderer. Das ist kein fairer Wettbewerb, es gilt anscheinend nur das brutale Recht des wirtschaftlich Stärkeren.

Wir bedauern sehr, dass die deutsche Kormoran - Arbeitsgruppe von Bund und Ländern nicht zu Ergebnissen kommt. Auf deutscher wie auf europäischer Ebene blockiert das deutsche Umweltministerium erfolgreich alle Bemühungen um ein Populationsmanagement. Wir werden aber nicht locker lassen, weil die Betroffenheit unserer Betriebe und der natürlichen Gewässer weiter steigt. Wir sind nicht bereit, diesen Zustand und

die Beschädigung unserer Fischfauna hinzunehmen. In England kompensiert man die Folgen des Kormoran-Befalls selbst in Natur-Reservaten durch den Besatz mit großen, fangfähigen Regenbogenforellen. Das kann nun wirklich kein Vorbild sein. Wir haben erfahren, dass man ein europäisches Management für Wildgänse eingeführt hat. Dabei gibt es Abschüsse zur Verringerung der Bestandsgröße, weil die Gänse große Schäden auf landwirtschaftlichen Flächen verursachen.

Warum soll es dann nicht möglich sein, ein Populationsmanagement beim Kormoran zu machen? Wir haben die völlig sinnentleerte Blockadepolitik des Umweltministeriums gründlich satt, meine Damen und Herren!

Erfreulich verläuft demgegenüber die Zusammenarbeit mit den Jägern. Nebenbei will ich anmerken, dass man nun auch plant, Eingriffe in Natur- und Landschaft durch Jagdverbote ausgleichbar zu machen. Gerne berichte ich den Jagdvertretern, dass der niedersächsische Landtag vergleichbare Bestrebungen zur Fischerei kategorisch abgelehnt hat. Es gibt einen Landtagsbeschluss, der die Kompensation von Eingriffen durch Fischereiverbote ausschließt. Dafür, Herr Minister Lindemann, sind wir Ihnen ebenfalls zu Dank verpflichtet.

Aus den Bundesländern kamen verschiedene Informationen, die auf Bundesebene beachtet werden müssen.

Bei der Schadensminderung durch gezielte Maßnahmen gegen den Kormoran gibt es vereinzelt Erfolge, z. B. in Bayern und Brandenburg. Dabei helfen auch pelzige Mitarbeiter, die Waschbären.

In Schleswig-Holstein will der neue grüne Umweltminister mal eben die Stellnetzfischerei abschaffen und die Schleppnetz-fischerei gleich mit. Das ist so als würde man in der Landwirtschaft Mähdrescher und Schlepper verbieten. Den Touristenfischereischein will man dort wieder abschaffen, das wird von den Anglern befürwortet.

Sachsen schafft die Fischereiabgabe ab, das dient glücklicherweise anderen Bundesländern nicht als Vorbild.

Überall bemüht man sich jedoch gleichermaßen vorbildlich um

Aalbesatz. Dies ist ein schönes Beispiel, mit welchem großem Einsatz Fischerei und Regierungen sich für den Erhalt dieser Art einsetzen.

Eine gute Nachricht kommt aus NRW: Der Verband Westfalen und Lippe entsendet seinen Geschäftsführer Dr. Michael Möhlenkamp, um unseren Ausschuss für Gewässerschutz zu neuen Aktivitäten zu führen.

Meine Damen und Herren, unser Beruf steht unter Druck. Fluss- und Seenfischerei wird in den Medien schon als aussterbender Beruf bezeichnet. Aber keine Sorge, Totgesagte leben länger. Und wir haben Kraft und Zuversicht, uns den Herausforderungen zu stellen. Die natürlichen Ressourcen bieten weiterhin die Möglichkeit, Menschen eine Arbeit und eine Perspektive zu geben. Und die Angler werden weiterhin den Großteil der natürlichen Gewässer bewirtschaften und pflegen, die Jugend für das Naturerlebnis begeistern und so manche gesunde, schmackhafte Mahlzeit nach Hause bringen.

Die Zusammenarbeit und Solidarität aller Fischereitreibenden ist dafür nötiger denn je.

Für den Deutschen Fischerei-Verband bedeutet das ganz konkret funktionsfähige Gremien einzurichten, z. B. die Aalkommission, den wissenschaftlichen Beirat, den Aquakulturrat, die Fischerei- und Wasserrechtskommission und den Ausschuss für Gewässerschutz.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass die Vereinigung der Anglerverbände voran schreitet. Ich habe gehört, es besteht sogar die Möglichkeit, eine Kollegin als Präsidentin eines Anglerverbandes zu bekommen. Das wäre mir eine gesöhnliche Freude.

Meine Damen und Herren, der Verbandsfrieden ist wichtig, unsere Mitglieder mögen keine Spaltpilze. Und wir alle, die wir hier stellvertretend für die Mitglieder diesen Deutschen Fischereitag erfolgreich gestalten wollen, sollten immer daran denken, dass wir für die aktiven Fischer und Angler hier stehen. Wir arbeiten für die Fischer und nicht umgekehrt.

Ich danke allen Freunden und Förderern der Fischerei in Politik

und Verwaltung, in der Wissenschaft und in den Medien, im Bund, in den Ländern und in den Kommunen, die heute nach Papenburg gekommen sind, um in der Gemeinschaft der Fischer und Angler mit uns über Lösungen für unsere Probleme zu beraten.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, eröffne ich den Deutschen Fischereitag.

Grußworte an den Fischereitag überbrachten:

Peter Bleser, parl. Staatssekretär im BMELV

Gert Lindemann, Landwirtschaftsminister des Landes Niedersachsen

Jan Peter Bechtluft, Bürgermeister der Stadt Papenburg

Alle drei Redner bewiesen ein Herz für die Fischerei und erhielten dafür den Beifall der Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung.

Fischerei & Fischmarkt in MV

/